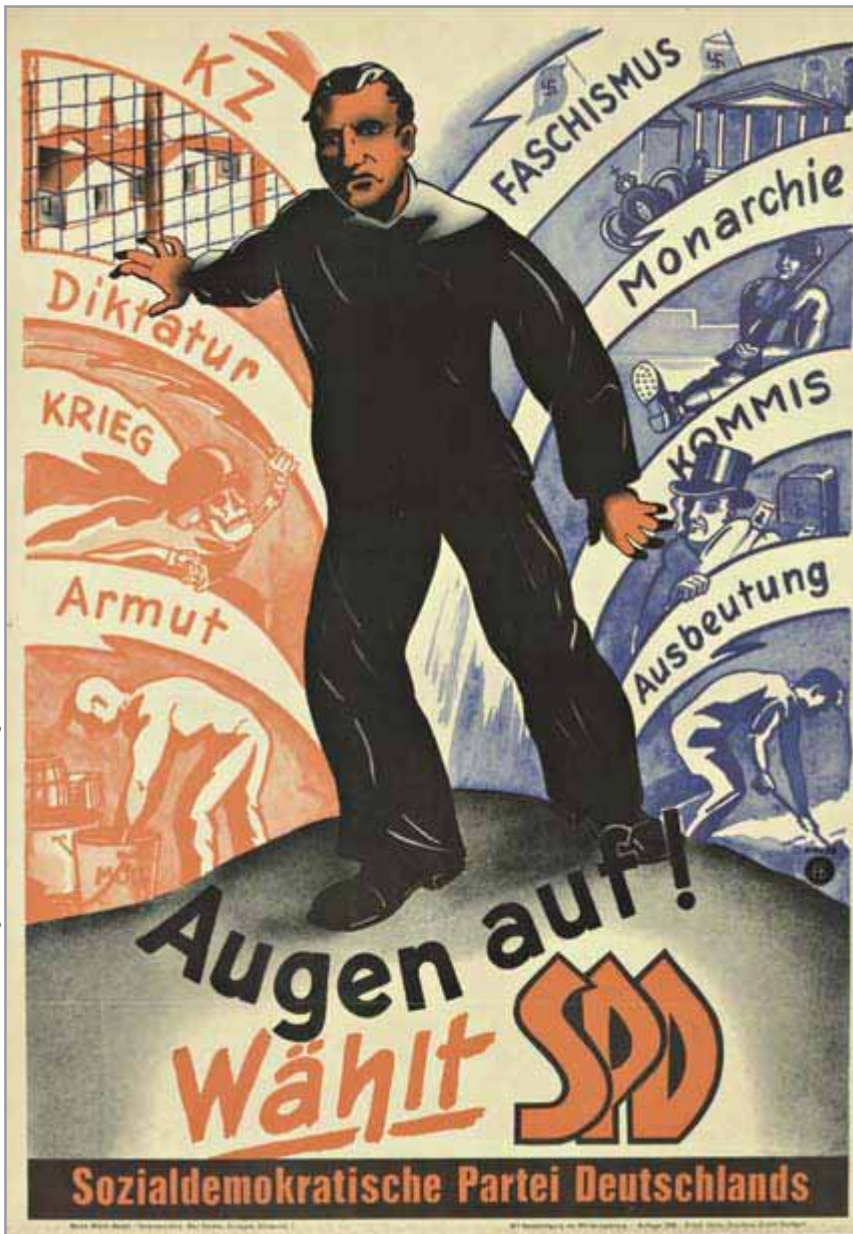


C • Nachkriegszeit und junge Bundesrepublik

Materialien C 1–C 19

C 1 »Augen auf!« (1946)



Wahlplakat der SPD zur Landtagswahl in Württemberg-Baden am 24. November 1946

war die Bevölkerung von Württemberg-Baden aufgerufen, eine verfassungsgebende Versammlung zu wählen (SPD 32,3 %, CDU 40,9 %, DVP 16,8 % und KPD 10,0 %). Am 24. November wurde die Bevölkerung wieder zur Urne gerufen. Nun sollte die Landesverfassung bestätigt und zugleich der Landtag gewählt werden. Das Wahlergebnis: CDU 38,4 %, SPD 31,8 %, DVP 19,5 %, KPD 10,3 %.

ARBEITSAUFRÄGE

► Beschreibe den Aufbau des Plakats. Arbeite dabei heraus, wie sich die Schriftfahnen und die bildlichen Darstellungen in der rechten und linken Bildhälfte aufeinander beziehen (»KOMMIS«, richtig »KOMMISS«, bedeutet Militär). Ziehe zum Vergleich Plakat A 16 heran.

► Benenne die Aussage des Plakats. Berücksichtige dabei die geschichtlichen Erfahrungen der SPD. Sie hatte bis 1945 drei politische Systeme durchlaufen: Monarchie, Weimarer Republik und NS-Zeit. Während der NS-Diktatur waren tausende Sozialdemokraten in Konzentrationslagern und Zuchthäusern inhaftiert und ermordet worden. Einer der Ermordeten war der badische SPD-Politiker Ludwig Marum (vgl. dazu A 11).

► Untersuche, inwiefern das Parteienspektrum des Jahres 1946 in Württemberg-Baden das Parteienspektrum der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er bzw. 1960er Jahren vorwegnimmt. Erläuterungen zur DVP und zur CDU findest du in C 2 bzw. C 3.

Hintergrund

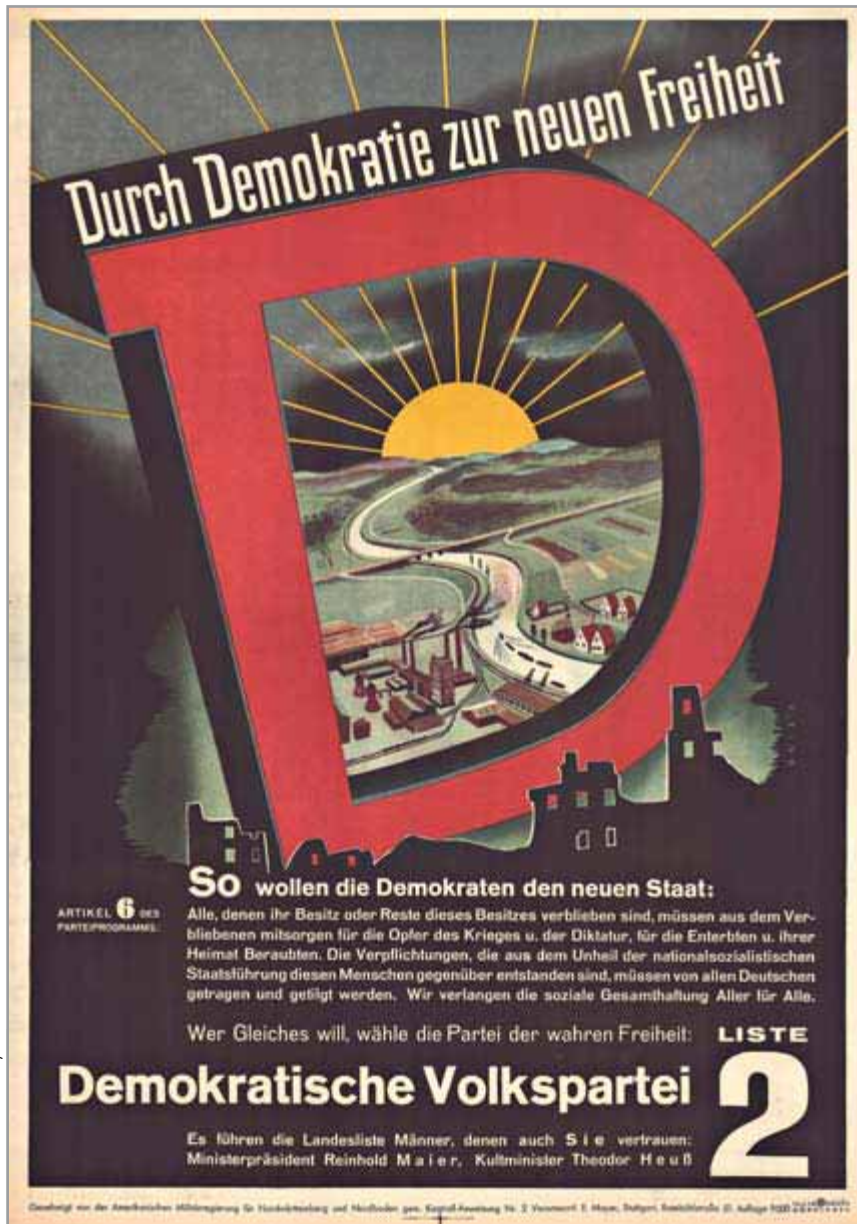
Nach dem Zweiten Weltkrieg teilten die amerikanische und französische Besatzungsmacht die alten Länder Baden und Württemberg in drei Länder auf. In der französischen Zone wurden Württemberg-Hohenzollern und Baden gegründet, in der amerika-

nischen Zone Württemberg-Baden. Im August 1945 ließen die Amerikaner wieder die Neugründung politischer Parteien zu. Die SPD knüpfte an ihre Tradition als demokratische Arbeiterpartei an. Erste Wahlen fanden zunächst auf kommunaler, dann auf Landesebene statt. Am 30. Juni 1946

C 2 »Durch Demokratie zur neuen Freiheit« (1946)

Wahlplakat der Demokratischen Volkspartei (DVP, später FDP) zur Landtagswahl in Württemberg-Baden am 24. November 1946

Die freiheitlich-liberale Partei war 1933 unter dem Druck der Nationalsozialisten aufgelöst und 1945 durch namhafte Politiker wie Reinhold Maier und Theodor Heuss neu gegründet worden. Die Partei knüpfte an die große Tradition der Linksliberalen an, die bereits im Kaiserreich in Württemberg eine wichtige Rolle gespielt hatten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte die US-amerikanische Militärregierung Reinhold Maier zum Ministerpräsidenten und Theodor Heuss zum Kult(us)-minister von Württemberg-Baden ernannt. Beide sind auf dem Plakat namentlich erwähnt. Beide waren auch schon vor 1933 politisch aktiv (vgl. Plakat A 13).



Stadearchiv Karlsruhe 8/PBS X 1326

Quelle

Bei einer Kundgebung der DVP am 17. November 1946 ging Reinhold Maier auf die Rolle der Parteien beim Wiederaufbau Deutschlands ein:

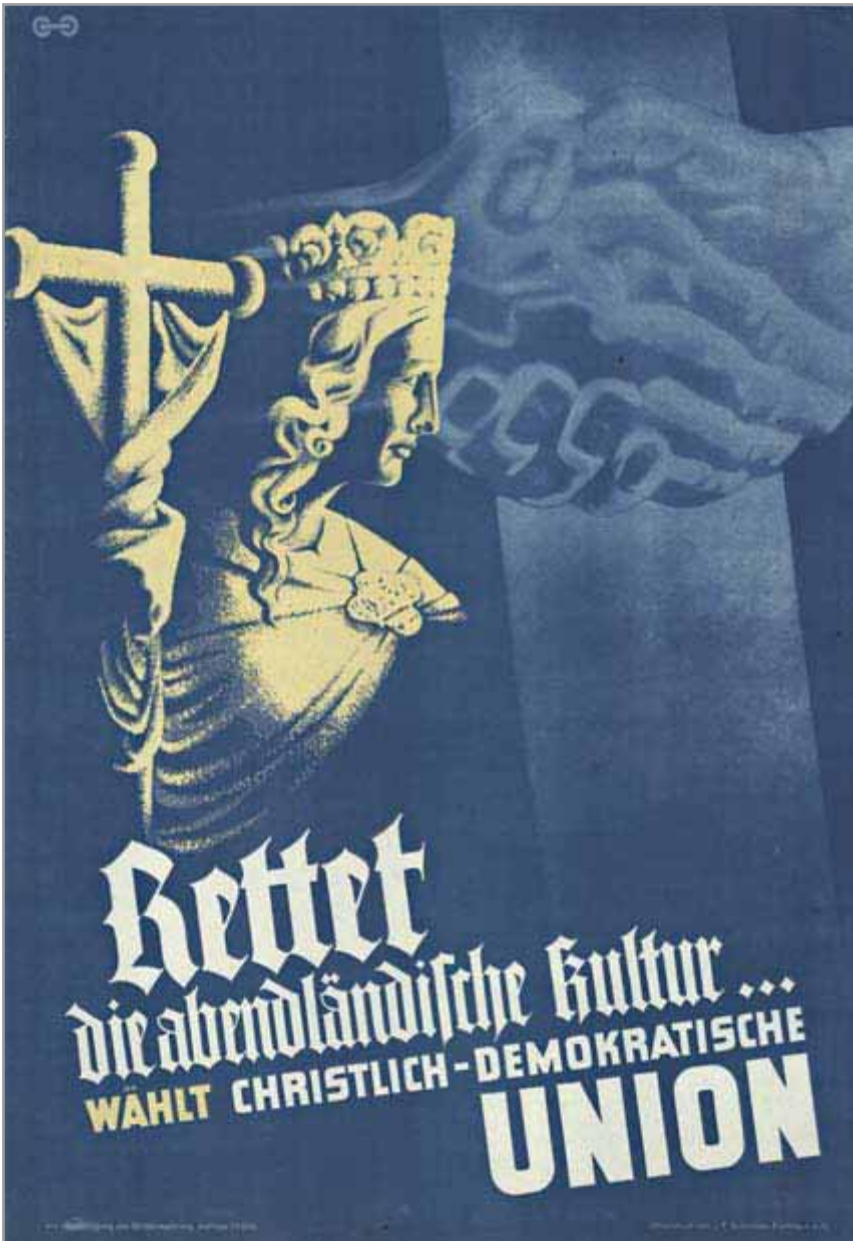
»Die Parteien sind ein wichtiges Element bei der Bildung des öffentlichen Willens, und es wird bestimmt nicht leicht sein, den Übergang von der Diktatur zur Demokratie zu finden. (...) Wir haben uns gegen links und rechts zu wehren. Am gefährlichsten sind aber die Stöße von hinten. Wehe denen, die glauben, in dieser Übergangszeit vom Kriege zum Frie-

den Oppositionsspielereien treiben zu können. Es darf für die nächste Zeit keine Opposition aus Grundsatz geben. Heute geht es um sehr nüchterne Dinge wie Ernährung, Wohnung und Kleidung. (...) Auch wir wollen eine soziale deutsche Demokratie, ein durch und durch soziales Deutschland. Aber dazu brauchen wir die Freiheit als Voraussetzung. (...) Der Sozialismus hat seinen Siegeszug in der Welt angetreten und wird als Verheißung empfunden. Aber er wird zu einer Geißel, wenn er den Menschen zum Sklaven des Staates macht.« *Mannheimer Morgen vom 19. November 1946*

ARBEITSAUFTRÄGE

- ▶ Beschreibe den Aufbau des Plakats. Stelle die Verbindung her zwischen der bildnerischen Darstellung und dem Wahlslogan »Durch Demokratie zur neuen Freiheit«.
- ▶ Erkläre, mit welcher Berechtigung die DVP von der »neuen Freiheit« sprechen kann.
- ▶ Stelle den Textteil des Plakats – Artikel 6 des Parteiprogramms – der Rede von Reinhold Maier (vgl. Quelle) gegenüber.
- ▶ Arbeite den Anspruch heraus, den die Partei erhebt. Benenne die den Wählern gemachten Versprechen.
- ▶ Versetze dich in die Situation eines durch die Folgen der Diktatur und des Krieges Geschädigten, der einem Gesprächspartner erläutert, weshalb er seine Stimme der DVP geben wird.

C 3 »Rettet die abendländische Kultur ...« (1946)



Stadtbibliothek Karlsruhe 8/PBS X. 1333

Quelle

Aufruf der Christlich-Demokratischen Union, Berlin, 26. Juni 1945:

»Deutsches Volk! In der schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die Partei Christlich-Demokratische Union Deutschlands aus heißer Liebe zum deutschen Volk die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat. Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat, kann eine

Ordnung in demokratischer Freiheit nur entstehen, wenn wir uns auf die kultur-gestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr erschließen.«

Hintergrund

Die CDU wurde 1945 als Parteien-neugründung ins Leben gerufen. Viele Gründungsmitglieder gehörten früher der konservativen Zentrums- und Christlich-Sozialen Volkspartei an, die als Vertretung der Katholiken eine der wichtigsten Parteien des Kaiserreichs und der Weimarer Republik gewesen war. Die CDU trat nun aber als

Wahlplakat der CDU zur Landtagswahl in Württemberg-Baden am 24. November 1946

Auf dem Plakat ist ein Hauptwerk mittelalterlicher christlicher Kunst abgebildet: Die Skulptur der Ecclesia am Südportal des Straßburger Münsters. Diese Figur, welche die Personifikation der Kirche darstellt, stammt aus dem 13. Jahrhundert.

überkonfessionelle Sammlungspartei hervor. Ihre Mitglieder waren auch ehemalige Mitglieder der alten protestantisch-konservativen Parteien, dem Christlich-Sozialen Volksdienst, der DNPV und der rechtsliberalen DVP.

ARBEITSAUFGÄBE

► Zeige, wie sich die Textbestandteile des Plakats auf die bildliche Darstellung beziehen. Beachte das Symbol, das sich aus der Anordnung der ineinander gelegten Hände und des dahinter liegenden Lichtstrahls ergibt.

► Erläutere, inwiefern das Plakat die im »Aufruf« von 1945 (vgl. Quelle) verkündeten Grundlagen der Partei in Bild und Text aufnimmt.

► Arbeite aus dem Plakat und den Texten eine Definition der »abendländischen Kultur« heraus, wie sie die CDU verstanden haben will. Überlege in diesem Zusammenhang, weshalb der Slogan in der altertümlichen Frakturschrift gehalten ist.

► Erkläre, weshalb die neue Partei auf dem Plakat mit dem vollen Namen erscheint und nicht mit der uns vertrauten Abkürzung CDU.

► Die Konkurrenten der CDU bei der Landtagswahl von 1946 in Württemberg-Baden waren die DVP (vgl. C 2), die SPD und die KPD. Untersuche, gegen welche dieser Konkurrenten sich das Plakat indirekt gerichtet haben könnte. Ziehe dazu auch C 9, C 10 und C 12 heran.

► Bei C 1 findest du die Ergebnisse der Landtagswahl in Württemberg-Baden vom 24. November 1946: Nimm Stellung zu dem Erfolg, den die CDU dabei erzielte.

C 4 »Der reaktionäre Schutt muß weg!« (1946)

Wahlplakat der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zur Landtagswahl in Württemberg-Baden am 24. November 1946

Nach den Jahren des Verbots und der Verfolgung im Nationalsozialismus wurde die KPD 1945 neu gegründet. Sie trat für eine radikale Erneuerung von Politik und Gesellschaft ein.

will, wie der Betreffende sich in den vergangenen Jahren verhalten hat und nicht, wie man dies heute sehen möchte. (...) Inzwischen hatten sie [verschiedene Betroffene] jedoch Gelegenheit, dank der ihnen zur Verfügung stehenden Güter und Genußmittel, sich so viele Freunde zu erwerben, daß sie aus der Spruchkammerwäsche fast nur noch als weiße Engel hervorgehen können.«
Gemeindearchiv Hirschberg/Bergstraße

ARBEITSAUFTRÄGE

► Analysiere das Plakat unter dem Leitaspekt »Schuttträumung«. Berücksichtige dabei die damalige Aktualität dieses Themas angesichts der kriegszerstörten Städte. Vgl. dazu auch die Darstellung von Schutt auf C 2 und C 5.

► Erläutere, inwiefern der Adressat des Plakats dazu veranlasst werden sollte, die Baggerschaufel mit der KPD gleichzusetzen.

► Erkläre anhand der verwendeten Symbole die Bedeutung der drei Figuren und zeige, wie sie mit den Mitteln der Karikatur als lächerlich bzw. abstoßend dargestellt werden.

► Setze dich mit der Schuldzuweisung auseinander, die das Plakat beabsichtigt. (Die drei Figuren stehen auf einem Schuttberg!) Erläutere, was die Auftraggeber des Plakats unter »reaktionär« verstanden wissen wollten.

► Das Aufräumen des »Schutts« nicht mit der Baggerschaufel, sondern mittels des Spruchkammerverfahrens, stieß bei den vom NS-Regime verfolgten Menschen vielfach auf Kritik. Begründe diese Kritik (vgl. »Hintergrund« und Quelle).

Stadearchiv Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Plakatsammlung 464

**Hintergrund**

In den drei Westzonen wurden infolge der Entnazifizierung über 2,5 Millionen Deutsche auf ihre politische Einstellung geprüft. Die Spruchkammern bewerteten 54% als Mitläufer. Bei 34,6% wurde das Verfahren eingestellt, 0,6% wurden als NS-Gegner anerkannt, 1,4% wurden als Hauptschuldige und Belastete verurteilt. Die Entlassung von NSDAP-Mitgliedern aus dem öffentlichen Dienst wurde unterschiedlich gehandhabt. Wegen des Bedarfs an erfahrenen Arbeitskräften konnten nicht wenige NSDAP-Mitglieder ihre berufliche

Karriere weiterführen. Auch zahlreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur konnten trotz zweifelhafter Vergangenheit ihre Karriere nach 1945 fortführen.

Quelle

Der Bürgermeister der Gemeinde Leutershausen a. d. Bergstraße, selbst als aktiver Katholik durch das NS-Regime verfolgt, drohte im März 1947 seine Mitwirkung am Entnazifizierungsverfahren einzustellen:

»Ich habe meine Aufgabe so aufgefaßt, daß die Spruchkammer wissen

C 5 »Heimkehrer, gibt es hier noch eine Hoffnung?« (1946)



Stadtarchiv Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Plakatsammlung 463

Wahlplakat der KPD zur Landtagswahl in Württemberg-Baden am 24. November 1946

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs befanden sich über 11 Millionen deutsche Soldaten in Kriegsgefangenschaft, davon 7,7 Millionen in den Lagern der Westmächte. 3,3 Millionen waren in der Sowjetunion interniert. Im Lauf des Jahres 1945 wurden die ersten Kriegsgefangenen freigelassen. So wie andere Parteien wandte sich auch die KPD an die sogenannten Heimkehrer (vgl. auch Plakat C 7).

Hinweis

Das in der Quelle erwähnte Heimkehrergesetz wurde am 19. Juni 1950 erlassen. Es regelte Hilfsmaßnahmen wie die Rückführung der Heimkehrer in das Arbeitsleben. Allerdings ging es den Heimkehrerverbänden nicht weit genug. In einer Resolution forderten sie weitere Vergünstigungen wie z. B. die Bereitstellung von Wohnraum und eine nach Dauer der Gefangenschaft gestaffelte Steuerbegünstigung.

ARBEITSAUFRÄGE

- ▶ Beschreibe Aufbau und Gestaltungselemente des Plakats. Beziehe den Textteil in deine Analyse mit ein.
- ▶ Ergänze die Aussagen, die das Plakat zur Situation der Heimkehrer macht, durch die Darstellung im Kommentar des »Mannheimer Morgen« (Quelle).
- ▶ Verfasse, ausgehend von diesen Informationen, eine Tagebuchseite, wie sie der im Plakat abgebildete Heimkehrer hätte niederschreiben können.
- ▶ Nimm Stellung zu dem Anspruch, den die KPD, auch gegenüber den Heimkehrern, für sich erhebt. Ziehe dazu vergleichend auch die Plakate C 1 und C 4 heran.
- ▶ Arbeite Übereinstimmungen in Gestaltung und Aussage mit Plakat C 2 heraus.

Quelle

Die Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Heimkehrer zählte zu den drängenden Aufgaben der Nachkriegszeit. Im November 1949 berichtete der Mannheimer Morgen:

»Die Erwartung der ehemaligen Kriegsgefangenen auf das Heimkehrergesetz wird im wesentlichen bestimmt durch den Wunsch, sich in das normale Arbeitsleben einzugliedern und eine Entschädigung für den Verzicht und den Verlust in der seit Kriegsende vergangenen Zeit zu erhalten. Gegenwärtig warten in der Bundesrepublik rund 30.000 heimge-

kehrte Kriegsgefangene auf ihre erste Vermittlung in eine Arbeitsstelle. Es wäre sinnlos zu verschweigen, dass der Heimkehrer den Wettbewerb auf dem freien Arbeitsmarkt nicht ohne weiteres aushalten kann. Viele haben ihre fachliche Ausbildung während des Krieges unterbrechen müssen, viele sind ihrem Beruf weitgehend entfremdet und viele sind gesundheitlich so geschädigt, daß sie schon allein deswegen im Nachteil sind. Diesen Nachteil kann nur der Staat ausgleichen (...).«
Mannheimer Morgen vom 12./13. November 1949